

zum Bebauungsplan „Ostrandstraße“ und für die örtlichen Bauvorschriften für das Baugebiet „Ostrandstraße“

1. Lage des Plangebiets

Das Plangebiet liegt südlich der B 29 und östlich des bestehenden Ortsrandes von Winterbach. Es wird begrenzt

- im Osten durch das Hochwasserrückhaltebecken Schorndorf-Winterbach
- im Süden durch die Bahnunterführung der Bahnlinie Stuttgart-Nördlingen
- im Norden durch die Bundesstraße 29

Mit Erlass des Regierungspräsidiums Stuttgart vom 31.10.2002 (Az.: 16-2201.-8/SCHORNDORF-WINTERBACH/2) wurde der Gemarkungstausch zwischen den Gemeinden Schorndorf und Winterbach vom 30.09.2002 genehmigt und die Gemeindegrenzen entsprechend neu festgelegt. Diese Änderung der Gemeindegrenzen wurde im Gemeinsamen Amtsblatt vom 27.11.2002 bekannt gemacht und trat zum 01.01.2003 in Kraft. Somit verfügt die Gemeinde Winterbach seit 01.01.2003 über die Planungshoheit für die gesamte Trasse der geplanten Ostrandstraße.

2. Anlass, Ziel und Zweck der Planung

Durch den im Rahmen des Hochwasserschutzkonzeptes der Rems im Osten von Winterbach geplanten Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens mit Abflussregulierungsbauwerk durch den Wasserverband Rems eröffnet sich für die Gemeinde Winterbach die Chance zur Schaffung einer weiteren Quermöglichkeit der Rems und einer nachhaltigen Entlastung des Ortskernes vom Verkehr.

Das vom Wasserverband Rems geplante Abflussbauwerk soll durch eine entsprechende Umplanung zu einer vollwertigen, befahrbaren Brücke über die Rems umgebaut werden. Diese Brücke kann dann an die zu bauende Umgehungs- und Entlastungsstraße „Ostrandstraße“ angeschlossen werden.

Eine weitere Querung der Rems ist zur Entlastung der Ortsdurchfahrt von Winterbach dringend erforderlich, da für den gesamten Nord-Süd Verkehr der L 11 40 durch Winterbach nur eine Brücke über die Rems zur Verfügung steht. Diese Brücke und somit die L 11 40 musste im Hochwasserfall in der Vergangenheit aus Sicherheitsgründen des öfteren gesperrt werden.

Aufgrund der hohen Verkehrsbelastungen der Ortsdurchfahrtstrecken L 11 40 und L 11 50 werden schon seit Jahren Entlastungsmöglichkeiten durch Umfahrungen des Ortskernes im Westen und im Osten von Winterbach diskutiert.

In dem von der Gemeinde Winterbach in Auftrag gegebenen Verkehrsentwicklungskonzeptes des Büros Brenner + Münnich wird eine Prognose für die Verkehrsentwicklung bis zum Jahr 2010 getätigt. So soll bis zu diesem Zeitpunkt die Verkehrsbelastung an der Ritterstraße (L 11 40) von derzeit 17.950 Kfz/24 h auf 20.300 Kfz / 24 h ansteigen. Gleichzeitig soll die Verkehrsbelastung in der Schorndorfer Straße (L 11 50) von derzeit 7.500 Kfz / 24 h auf 8.850 Kfz / 24 h ansteigen.

Daher gilt es Maßnahmen zur Lenkung des Verkehrs in Angriff zu nehmen, welche zu einer spürbaren Entlastung der Ortsdurchfahrten führen werden, um somit eine Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger von Winterbach zu erreichen.

Bei einer Verwirklichung der Ostrandstraße als Umgehungs- und Entlastungsstraße könnte das Verkehrsaufkommen an der Ritterstraße im Jahr 2010 auf 10.700 Kfz / 24 h gesenkt werden. Dies entspricht einer Entlastung von 53 %. An der Schorndorfer Straße würde das Verkehrsaufkommen im Jahre 2010 auf 4900 Fahrzeuge gesenkt werden können, was einer Verringerung um 35 % entspricht.

Durch die Reduzierung der Verkehrsbelastungen in den Ortsdurchfahrtsstrecken wird die Lärm- und Abgassituation im Ort deutlich verbessert. Des weiteren wird die Funktionsfähigkeit des Ortskernes und die Attraktivität der Ladengeschäfte für die Kundschaft erhöht. Das Gefährdungspotential für Fußgänger und Radfahrer im Ortskern wird deutlich gesenkt.

Die gewählte Trasse für den Bau der Ostrandstraße vom Ausbauende der Ostlandstraße über das Abflussregulierungsbauwerk der Rems, entlang dem westlichen Dammfuß des Hochwasserschuttdammes bis zu L 11 50 an der bestehenden Eisenbahnunterführung stellt die einzige wirksame Verkehrsentlastung dar, die in den nächsten Jahren erreicht werden kann, insbesondere da eine Umgehungsstraße im Westen von Winterbach vom Ministerium für Umwelt und Verkehr nicht favorisiert wird.

Die Trassenführung der Ostrandstraße hat sich zwingend am Abflussregulierungsbauwerk des Wasserverbandes Rems sowie dem anschließenden Hochwasserschuttdamm als Fixpunkten zu orientieren. Eine Alternative zu dieser Trassenführung scheidet, auch aus Gründen des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden, aus. Jede andere Trassenführung würde zu einer unnötigen Zerschneidung der dortigen Flächen und der Landschaft führen. Der Eingriff in den Naturhaushalt kann dadurch minimiert werden, dass die Trasse der Ostrandstraße am Dammfuß des Hochwasserschuttdammes entlang geführt wird. Durch die Nutzung des Abflussregulierungsbauwerks als Brücke über die Rems, wird eine zusätzliche weitere Querung der Rems und somit ein weiterer Eingriff in den vielfältigen Lebensraum an der Rems vermieden.

3. Einordnung der Planung in Ziele der Raumordnung und Landesplanung, § 1 (4) BauGB

Die Gemeinde Winterbach (7.740 EW) gehört zum Rems-Murr-Kreis, Verband Region Stuttgart, Regierungsbezirk Stuttgart. Nach dem Landesentwicklungsplan liegt die Gemeinde in der Entwicklungsachse Stuttgart/Schorndorf. Sie gehört als unmittelbare Nachbargemeinde der Großen Kreisstadt Schorndorf zum Mittelbereich Schorndorf.

Die Regionalversammlung hat in ihrer Sitzung am 04. Dezember 2002 die Teiländerung des Regionalplans im Bereich Winterbach – Ost für den Hochwasserrückhalteraum (Hauptdamm)

sowie die Ostrandstraße als Satzung beschlossen. Die Genehmigung der Teiländerung wurde bereits beim Wirtschaftsministerium beantragt.

4. Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan, § 8 (2) - (4) BauGB

Der derzeit gültige Flächennutzungsplan 2000 der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schorndorf-Winterbach, genehmigt mit Erlass vom 21.07.1989 enthält noch keine Darstellungen zur Ostrandstraße. Für den Flächennutzungsplan 2010 wurde vom gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft am 11.01.1999 der Aufstellungsbeschluss gefasst. Dieser Flächennutzungsplan enthält die geplante Ostrandstraße, ist jedoch vom Regierungspräsidium Stuttgart noch nicht genehmigt, da die öffentliche Auslegung des Flächennutzungsplanes noch nicht erfolgt ist.

Eine Genehmigung des Bebauungsplanes „Ostrandstraße“ ist daher vom Landratsamt Rems-Murr-Kreis erforderlich.

5. Bauliche oder sonstige Nutzung

Ausgewiesen wird eine öffentliche Verkehrsfläche (=Gemeindestraße) samt öffentlichem Parkraum. Hervorzuheben ist, dass die Ostrandstraße als künftige Umgehungs- und Entlastungsstraße mittels zweier zu erstellenden Kreisverkehrsplätze an das bestehende Straßennetz angeschlossen wird. Ein Kreisverkehrsplatz wird im Bereich der L 11 40 (Ritterstraße) / Ecke Ostlandstraße erstellt werden. Dies ist notwendig, da die seitherige Kreuzung das stetig steigenden Verkehrsaufkommen kaum noch aufnehmen kann. In den Hauptverkehrszeiten treten hier lange Schlangen in allen Verkehrsästen auf. Die zudem in den letzten Jahren an dieser Kreuzung entstanden Unfallhäufungsstelle kann durch einen Kreisverkehr entschärft werden. Auch kann durch einen Kreisverkehr der Verkehrsfluss an dieser Kreuzung erhöht werden. Für diese Maßnahme wurde beim Land ein GVFG-Antrag gestellt. Die Hauptabmessungen dieses Kreisverkehrsplatzes entsprechen den Vorgaben der Straßenbauverwaltung.

Der zweite Kreisel soll vor der Bahnunterführung erstellt werden, um dort die zwischenzeitlich zur Gemeindestraße abgestufte Schorndorfer Straße anzubinden. Auch hier sind die Hauptabmessungen mit der Straßenbauverwaltung abgestimmt.

Ferner wird für die Fläche nördlich der Ostlandstraße und südlich der B 29 ein Gewerbegebiet festgesetzt, in welchem aber nur private Stellplätze zulässig sind. Diese sind für einen bestehenden Gewerbebetrieb vorgesehen. Im Einzelnen wird hierzu auf die Festsetzungen des Bebauungsplanes verwiesen.

Die örtlichen Bauvorschriften sind erforderlich, um u.a. die Zulässigkeit der Werbeanlagen auf Grundstücken nördlich der Ostlandstraße regeln zu können.

6. Natur- und Landschaftsschutz, sparsamer Umgang mit Grund und Boden

Die Trasse der Ostrandstraße wurde an den Hochwasserdamm des Wasserbandes Rems gelegt, um dem Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden nach § 1a Abs. 1 BauGB zu entsprechen. Bezüglich des Natur- und Landschaftsschutzes wird auf die Ausführungen zum Grünordnungsplan des Büros Bruns & Stotz, Schorndorf, vom Juli 2002, mit Überarbeitung vom März 2003 verwiesen.

7. Standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles

Der Bau der Ostrandstraße soll auf Grundlage eines Bebauungsplanes erstellt werden. Ein Planfeststellungsverfahren wird von der Gemeinde als Straßenbaulastträger nicht eingeleitet. Erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt sind nicht zu befürchten. Durch den Bau der Ostrandstraße wird die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger durch die teilweise Verlagerung des Durchgangsverkehrs stark verbessert, da die Belastung durch Lärm und Abgase erheblich reduziert wird. Der Eingriff in den Naturhaushalt wird im Ergebnis als nicht erheblich angesehen, da zum einen ein Eingriff durch den Hochwasserschutzdamm und das Abflussregulierungsbauwerk bereits gegeben ist, und zudem der weitere Eingriff durch die Ostrandstraße aufgrund von grünordnerischen Maßnahmen ausgeglichen wird. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen zum Grünordnungsplan des Büros Bruns & Stotz, Schorndorf.

Aufgrund des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (=LUVPG) vom 19.11.2002 ist es erforderlich eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles nach § 3c Abs. 1 Satz 1 UVPG durchzuführen. Auch hierzu wird auf die Ausführung im Grünordnungsplan des Büros Bruns & Stotz, Schorndorf verwiesen. Die Vorprüfung des Einzelfalles hat ergeben, dass durch den Bau der Ostrandstraße keine erheblichen Umweltbeeinträchtigungen entstehen.

Für das nördlich der B 29 liegende Vogelschutzgebiet ergeben sich durch den Bau der Ostrandstraße keine nennenswerten Mehrbelastungen durch den erhöhten Fahrverkehr. Der Fahrzeugverkehr auf der B 29 ist so dominierend, dass der zusätzliche Verkehr auf der Ostrandstraße nördlich der B 29 im Vogelschutzgebiet nicht mehr wahrgenommen wird. Auch hierzu wird auf die Ausführungen im Grünordnungsplan des Büros Bruns & Stotz, Schorndorf, verwiesen.

8. Lärmschutz

Von der Ingenieurgesellschaft Pressel – Molnar, Urbach, wurden mit Gutachten vom 24.08.2001 und 20.02.2003 schalltechnischen Berechnungen durchgeführt. Hierbei wurde festgestellt, dass die Immissionsgrenzwerte nach der 16. BImSchV (Verkehrslärmschutzverordnung) für die Gebäude am bestehenden östlichen Ortsrand von Winterbach (Wohngebiet Am Weilerbach / Hermannstraße) auch nach Erstellung der Ostrandstraße eingehalten sind. Als Immissionsrichtwerte sind nach der 16. BImSchV für Wohngebiete tags (6-22 Uhr) 59 dB(A) und nachts (22-6 Uhr) 49 dB(A) einzuhalten.

Der größte Prognosewert der Einzelpunktberechnung ergab am Gebäude Weilerbach 35 einen Wert von 57,6 dB(A) tagsüber und einen Wert von 48,9 dB(A) nachts. Die zulässigen Immissionsrichtwerte sind daher an allen Berechnungspunkten eingehalten, ohne dass aktive oder passive Lärmschutzmaßnahmen erforderlich sind.


Trotzdem hat der Gemeinderat am 14.01.2003 beschlossen, zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen (Lärmschutzwand oder -wall) im südlichen Bereich der Ostrandstraße durchzuführen. Nach Erarbeitung von Lösungsalternativen durch das Ing.Büro Pressel & Molnar hat der Gemeinderat Winterbach am 11.03.2003 entschieden, beginnend an der Schorndorfer Straße entlang der Ostrandstraße eine 150m lange und 3m hohe Schallschutzwand zu erstellen. Diese Schallschutzwand soll aus hochabsorbierenden Lärchenholzelementen errichtet werden.

9. Bodenordnung und Kostenschätzung

Die Kosten für die Baumaßnahme Ostrandstraße sind mit 3.675.000 € veranschlagt, worin 347.000 € für den Grunderwerb beinhaltet sind. Für die grünordnerischen Maßnahmen ist ein zusätzlicher Betrag von ca. 200.000 € aufzuwenden.

Der Antrag auf Förderung der Gesamtmaßnahme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) wurde am 21.03.2002 beim Regierungspräsidium Stuttgart gestellt. Mit einer Entscheidung über diesen Antrag wird im Frühjahr / Sommer 2003 gerechnet werden. Das Regierungspräsidium Stuttgart hat aber mit Erlass vom 05.07.2002 die Anerkennung einer Vorsorgemaßnahme einschließlich Zulassung des vorzeitigen Baubeginnes bescheinigt.

Winterbach, den 15.01.2003 / 20.03.2003 / 14.04.2003 / 16.06.2003



Blessing
Bürgermeisteramt Winterbach